

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verlag: Auer & Co. Leipzig  
Druck: Auer & Co. Leipzig  
Telefon: 1111  
Postamt: Leipzig  
Kontokorrent: Leipzig  
Kontokorrent: Leipzig

Nr. 4.

Donnerstag, den 6. Januar 1921.

16. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

Zwischen dem Sechshnerauschuß der Eisenbahner und Vertretern des Reichsverkehrsministeriums kam gestern eine Sitzung über die Forderungen der Eisenbahnbeamten und Arbeiter zu Stande.

Wach einer Meldung der Breslauer Zeitung soll die Wahlkommision für Ober-Sachsen Mitte März stattfinden.

Wie Evening Standard mittelt, habe man in Downingstreet erklärt, Lloyd George sei bereit, direkt mit De Valera zu verhandeln, wenn er den Beweis erbringe, daß er die Mehrheit des irischen Volkes hinter sich habe und für sie sprechen kann.

## Gleichmäßige Brotversorgung.

Zur Sicherung der gleichmäßigen Versorgung in Sachsen.  
Von Wirtschaftsminister Schwarz.

Es ist noch in aller Erinnerung, mit welchen Ungleichmäßigkeiten sich beim Uebergang des abgelassenen Erntejahres ins neue die Brotversorgung in den verschiedenen Landesteilen vollzog. Ein Teil der selbstwirtschaftenden Kommunalverbände scheute sich trotz ausdrücklicher Anweisung, die ihnen obliegenden Ablieferungen zugunsten der Versorgung der Zuschußverbände zu bewirken, die Zuschußverbände dagegen mühten Streikungen bis zu 70 Prozent vornehmen. Die Klagen über diese Ungleichmäßigkeiten nahmen einen bedeutenden Umfang an und waren vollkommen berechtigt. Ich habe es für meine Pflicht gehalten, vom Beginn des neuen Erntejahres an dafür zu sorgen, daß mit allen Kräften einer Wiederholung derartigen Vorfälle vorgebeugt werde. Einen Erfolg in dieser Richtung versprach zunächst eine gleichmäßige Streckung des Brotes vom ersten Tage der Versorgung an. Das Reich hatte eine solche Streckung in Höhe von 10 Prozent bereits für das gesamte Reichsgebiet angeordnet. In einer Verordnung vom 14. Oktober 1920 hatte es den Landeszentralbehörden außerdem überlassen, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses eine Streckung von mehr als 10 bis zu 20 Prozent von sich aus anzuordnen. Ein solches dringendes wirtschaftliches Bedürfnis liegt in Sachsen zweifellos vor. Die sächsische Regierung denkt nicht daran, etwa Sachsen ein Opfer zuzumuten, das nicht das ganze Reich zu tragen hat. Sie hat die Erhöhung der Streckung von 10 auf 15 Prozent in Sachsen angeordnet, jedoch gefordert, daß die dabei erwarteten 5 Prozent dem sächsischen Wirtschaftsministerium selbst zur ausschließlichen Versorgung Sachsens zur Verfügung gestellt werden. Die erhöhte Streckung bedeutet also keineswegs eine Schlechterstellung Sachsens gegenüber den anderen Teilen des Reiches, sondern lediglich eine Sicherheitsmaßnahme für das Land. Was jetzt erpart ist, wird später vorhanden sein und in Sachsen selbst verbraucht werden, jedoch gleichmäßig im ganzen Lande, ohne Bevorzugung einzelner Teile. Die ganze Maßnahme dient den Interessen derjenigen Landesteile, die andernfalls benachteiligt würden; das sind vor allem die Großstädte und die Industriegebiete.

Um die Maßnahmen wirksam durchzuführen, ist es nötig, das durch die Streckung ersparte Getreide zeitig in die Hand der Regierung zu bringen. Nach den gemachten Erfahrungen liegt die Verantwortung nahe, daß die Ueberlieferungsverbände die Mengen zur Sicherung ihrer eigenen Versorgung zurückbehalten, und selbst wenn die Bezirksvertretung willens ist, ihre Pflicht zu tun, so wird sie doch möglicherweise durch gewaltsames Verhalten der Transporte daran gehindert werden. Um das auszuschließen, bleibt nichts übrig, als die Getreidevorräte schon jetzt, lange bevor Schwierigkeiten eintreten können, in einzelnen leistungsfähigen und modern eingerichteten Mühlen zu lagern, zu mahlen und zu bearbeiten. Zum Zweck der Erfassung und Behandlung der Vorräte ist bei der Landesgetreidekasse des Wirtschaftsministeriums eine Geschäftsabteilung gegründet worden, die diese Aufgaben zu übernehmen hat. Die Gerichte, als handle es sich dabei um eine neue Kriegsgesellschaft, sind vollkommen unbegründet. Die Anteile an der Gesellschaft sind mit der Mehrzahl der Stimmen in der Hand des Staates, mit der Minderzahl in der Hand einiger Mühlen. Die geringen Einzahlungen dieser Mühlen (jede Mühle 2500 Mark) werden lediglich mit 5 Prozent verzinst, ein weiter verbleibender Reingewinn kommt seinerzeit ausschließlich dem Staate zugute. Eine Verteuerung des Brotes kann durch die Bindung nicht entstehen. Der Durchführung des Vorhabens werden aber von verschiedenen Seiten Schwierigkeiten bereitet, und zwar vor allem von einigen Kommunalverbänden, die danach die erwarteten 5 Prozent ihrer Getreidevorräte sofort abliefern sollen. Diese Zurückhaltung ist völlig unbegründet. Die Forderung des Wirtschaftsministeriums auf Herausgabe der erwarteten 5 Prozent beruht, wie bereits gesagt, auf einwandfreier gesetzlicher Grundlage. Die Kommunalverbände sind zur Herausgabe einfach verpflichtet, sie handeln im Belästigungs-

fall direkt gegen das Gesetz und verletzen letzten Endes aber fremdes Gut. Alle etwa möglichen Einwendungen sind auch sachlich durchaus unbegründet. Es ist ausgeschlossen, daß durch die Ablieferung der Vorräte des abliefernden Verbandes in Schwierigkeiten kommt. Die Mengen, die abzuliefern sind, sind im Verhältnis zum Gesamtbedarf der Verbände ganz gering. Erhöhter der Kommunalverband durch sein Verhalten die gleichmäßige Versorgung, die das Wirtschaftsministerium sichern will so besorgt er damit lediglich die Geschäfte der Reichsgetreidestelle. Diese muß dann erst einige Wochen später damit anfangen, den Kommunalverband von sich aus zu versorgen; sie wird entlastet, und den Schaden trägt Sachsen. Denn es stehen der Landesregierung dann die nötigen Mengen, um selbst auszuweichen, nicht zur Verfügung. Die Klein von den abgelieferten Mengen erhält der Kommunalverband zurück.

Bei der Wichtigkeit der Sache muß einmaligen Widerständen nachdrücklich begegnet werden. Dies wird dadurch geschehen, daß im Falle der Verweigerung der obliegenden Ablieferung dem in Frage kommenden Kommunalverband die Selbstwirtschaft entzogen wird. Die Mühlen eines solchen Kommunalverbandes würden also unter Umständen in eine äußerst schwierige Lage geraten, und sie hätten dies lediglich sich selbst zuzuschreiben, denn gerade vom Mühlengewerbe geht in erster Linie der Widerstand aus, der gegen die in Aussicht genommene Sicherung der erwarteten Vorräte erhoben wird. Gelingt jedoch die Durchführung, so können die Zuschußkommunalverbände aus den erwarteten Vorräten mindestens vier Wochen länger mit Getreide versorgt werden, als es ohnedies möglich wäre. Sachsen hat dann aus dem ganzen Lande insgesamt etwa 150000 bis 200000 Doppelzentner Getreide für Notfälle in seiner eigenen Hand. Der Wunsch, daß Ungleichmäßigkeiten in der Brotversorgung, wie im Vorjahre, im nächsten Jahre vermieden werden möchten, dürfte allgemein sein; nur diejenigen werden sich ihm vielleicht nicht anschließen, die durch eine bessere Versorgung ungerechtfertigten Vorteil erreichen würden.

## Die Auseinandersetzung mit dem ehemaligen sächsischen Königshaus

Der neuen sächsischen Regierung und dem am heutigen Donnerstag nach der Weihnachtspause wieder zusammengetretenen Landtage harret als eine der wichtigsten und sicherlich zu vielen Erörterungen Anlaß gebenden Aufgaben die Entscheidung im Streit über die Ansprüche des Freistaates Sachsen und die Reichstitel des früheren sächsischen Königshauses. Ob allerdings schon die nächsten Wochen eine reifliche Lösung der Frage herbeiführen werden, deren Behandlung auch innerpolitische Verwicklungen nicht ganz aus dem Bereich der Möglichkeit bannt, erscheint bei dem Umfang und der Komplexität der Materie zum mindesten sehr fraglich. In den jüngsten Tagen lief eine Notiz durch die sächsische Presse, daß das jetzige Finanzministerium die Vorschläge des Reichshofes nach einigen Abweisen abgenommen und der zur Hälfte aus Vertretern der Regierung und zur Hälfte aus Vertretern des Königs gebildeten Kommission unterbreitet hat. Diese Meldung eilt den Tatsachen weit voraus. Es trifft nicht zu, daß das verlassene Finanzministerium sich schon auf bestimmte Entschlüsse festgelegt hat und daß diese jetzt mit entsprechenden Abänderungen der zwölfgliedrigen Kommission zugegangen sind. Infolgedessen ist es auch unrichtig, hier von einer Geheimhaltung zu sprechen.

Die ganze Rechtslage ist wie schon erwähnt, sehr verwickelt, insbesondere deshalb, weil es sich hier um Objekte handelt, die zum großen Teil schon vor Jahrhunderten durch Schenkungen, Ehepakt und private Erwerbungen in das Eigentum der Krone gelangt sind. In vielen Fällen ist jedoch die Sachlage relativ klarer, vor allem, soweit es das Domänengut anlangt. Bei Begründung der Verfassung hat das sächsische Königshaus seinen damaligen Privatbesitz an Domänen nicht behalten, wie dies die meisten Fürstentümer getan haben, sondern es hat sich bestimmen lassen, diesen Besitz, der jetzt dem Staate ungeheure Renten abwirft, dem Königreiche zu übereignen, weil man eben damals glaubte, daß Herrscherhaus und Land für immer miteinander in einem Königreiche verbunden sein würden. Es ist aber klar, daß, nachdem diese Vereinigung zwischen Herrscherhaus und Land einseitig von letzterem gelöst worden ist, dieses dem Königshaus das wieder zurückgeben muß, was es ihm einbrachte hat.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir feststellen, daß der Generalbevollmächtigte des Königs, der bekanntlich am Montag nach Sibyllenort berufen worden war, sich nicht, wie von anderer Seite gemeldet, dorthin begeben hat um mit dem König in Sachen eines Vergleichs mit der sächsischen Regierung in der Abfindungsfrage zu verhandeln. Die Reise betraf ganz andere Angelegenheiten, nämlich die Frage der Auflösung der Fideikomnisse in Preußen. Schuld Sibyllenort kommt übrigens in diesem Zusammenhang insofern nicht in Betracht, da es ein reiner Privatbesitz ist, der erst zu Anfang dieses Jahrhunderts als Erbschaft an König Albert von Braunschweig Seite gefallen ist.

## Mac Cormick über seine Eindrücke in Deutschland.

Der Korrespondent des New York Herald hat Gelegenheit, mit dem amerikanischen Senator Cormick vor seiner Abreise nach Paris über die künftigen Beziehungen Amerikas zu Deutschland zu sprechen. Auf die Frage, welchen Eindruck Mac Cormick in Deutschland gewonnen habe, antwortete der Amerikaner u. a.: Ich hatte viel zu wenig Zeit, um ganz gründlich Umchau zu halten. Die vier Tage in Berlin waren mit Besprechungen ausgefüllt und ließen ein Studium der Verhältnisse nicht zu. Was ich aber von führenden Staatsmännern und Volkswirtschaftlern gehört habe, zeigt ein trübes Bild. Doch ist Deutschland nicht ohne Hoffnung auf eine verhältnismäßig rasche Genesung. Ich glaube, daß diese Hoffnung berechtigt ist. Es liegt auch im Interesse von ganz Europa, daß die erlebte Gefundung Deutschlands eintritt, denn ohne Arbeit und Produktion des deutschen Volkes kann ich mir die Welt gar nicht vorstellen. Ich kann nur wiederholen, was ich schon einmal gesagt habe: Deutschland ist ein dunkler Tunnel, an dessen Ende aber das Tageslicht leuchtet.

Ueber eine baldige Wiederherstellung der Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland kann ich keine Erklärungen abgeben. Meine Ansicht als Privatmann habe ich in dieser Frage führenden Persönlichkeiten in Berlin mitgeteilt, allerdings weiß ich nicht, welches die geeignete Plattform sein wird, um die Beziehungen der Vereinigten Staaten mit Deutschland baldigst wiederherzustellen. In welcher Form dieses geschehen wird, weiß ich augenblicklich noch nicht. Doch daß diese Wiederherstellung der Beziehungen nicht auf Grund des Versailler Friedensvertrages vollzogen wird, kann ich bestimmt behaupten. Was darf man von einer amerikanischen Kredithilfe erhoffen? — Dieses Problem, sagte Mac Cormick, ist nicht so einfach, wie in Europa vielfach angenommen wird. Ich persönlich und einige amerikanische führenden Persönlichkeiten sind schon öfters dafür gewesen, eine Kreditgewährung für die notleidenden Staaten in Amerika zuzulassen. Wenn erst die diplomatischen und die wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland wieder aufgenommen sind, wird sich Amerika mit dieser Frage wieder eingehend beschäftigen. Ob dieser Kredit die in Europa ersehnte Höhe erreichen wird, ist fraglich. Wir haben die Brüsseler Finanzkonferenz aufmerksam verfolgt, wir können aber nicht behaupten, daß uns die dort erzielten Ergebnisse zufriedenstellend hätten. Amerika will seinen Kredit haben, und zu einer ausgedehnten amerikanischen Kreditgewährung ist es notwendig, daß vorher die schwebenden Finanzfragen zwischen den europäischen Staaten geregelt werden.

Wie finden Sie die Lage in Oesterreich? — Einfach trostlos! Diesem Staat muß rasch und ohne Höflichkeit geholfen werden. Das heutige Oesterreich ist nicht lebensfähig, das habe ich auch in Paris, Berlin und Rom betont und werde es auch in Paris hervorheben. Ich glaube, ein fester wirtschaftlicher Zusammenschluß aller nationalen Staaten liegt nicht nur im Interesse Oesterreichs, sondern dürfte auch das Ziel aller anderen an den Kriegsschicksalen gezeichneten Staaten sein, die aus der Anarchie hervorgegangen sind. Die gegenseitige Wirtschaftssperre und die Isolierung einzelner Staaten müsse rasch aufhören. — Auf die Frage des Korrespondenten über die Absichten des neuen amerikanischen Präsidenten Harding bezüglich des Versailler Friedensvertrages und des Biltmoreschen Erklärung Senator Cormick, er sei zwar über diese Absichten informiert, doch habe er keine Vollmachten, sich hierüber zu äußern.

## Aus den Memoiren des Grafen Witte.

Der gestern von der Wof. Ztg. veröffentlichte Abschnitt aus den Memoiren des Grafen Witte behandelt insbesondere die Marokko-Krise von 1905. Witte schreibt: Nach dem Ausbruch des russisch-japanischen Krieges beehrte sich Kaiser Wilhelm, auch Kaiser Nikolaus seiner Treue zu versichern und die Sicherheit der russischen Grenze im Westen zu garantieren. Nichtsdestoweniger hat er in einem Privatbriefe an Kaiser Nikolaus, gleichsam als Entschädigung für sein Versprechen, uns nicht anzugreifen, um eine Reihe von Änderungen im Handelsvertrage von 1894, der eben abgelassen war. Diese Änderungen waren für unsere Wirtschaft so schädlich, daß ich mich ihnen entschieden widersetzte. Schließlich kamen wir aber dahin, um einen Bruch mit Deutschland zu vermeiden, uns den Forderungen zu unterwerfen. Dann wäre es wohl für uns gerechtere Zeit ruhig geduldet, wenn nicht inzwischen die Annäherung zwischen Frankreich und England stattgefunden hätte. Beide Länder schloßen ein Uebereinkommen über ihre Einflusssphäre in Marokko. Deutschland ergriff diese Gelegenheit und erklärte, daß es eigene Handelsinteressen in Marokko habe die es verteidigen wolle, und daß weder England noch Frankreich irgendwelche Schritte in Marokko ohne Deutschlands Zustimmung machen könnten. Als 1905 Witte nach Paris kam, befand sich die französische Regierung in einem Zustand der

verlangt und sechs Personen von 200 000  
Der Dampfer Gesellschaft in von Willa Garcia t. Von Willa um die Schiff mit 40 Oden Kanarischen  
gentinnen. ung aus Buenos gentinnen neue onen wurden ist bedeutend.  
hlen- eine  
relcht: ar 1921 21 und 21  
Fohlenstelle.  
ianos!  
rateur e Fachkenntnis, in die Geschäftswelt wird garantiert.  
waren-Fabrik und den Verkauf  
esucht, und das Kaffe-  
Jahren und mit  
blsberiger Tätig- gnisabdrücken er- stelle des Blattes.  
abrik erfahrenen, mann als  
auf ufm. durch- ent. auch die haltsansprüche der Geschäftsstelle  
ter e Umgeb. Mittelbranche. Nur Kolonialwarenenge- führte Vertreter hest.  
Auer Tageblatt.  
Erstmehl treter  
hshandlung, e m n h.  
Hilfsmittel rei guteingeführten  
er U. I. 31 an erbeten.  
her iter  
uwarenfabrik, indig vertraut  
I. 63 an die  
verdienen!  
Neumarkt 5.  
gesucht:  
ht, mm Biebtiefe, terprelle, etrieb.  
I. 54 an die